



AgEcon SEARCH

RESEARCH IN AGRICULTURAL & APPLIED ECONOMICS

The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.

von Urff, W.: Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung als Determinanten für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. In: von Blanckenburg, P., de Haen, H.: Bevölkerungsentwicklung, Agrarstruktur und Ländlicher Raum. Schriften der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des Landbaues e.V., Band 22, Münster-Hiltrup: Landwirtschaftsverlag (1986), S. 87-105.

BEVÖLKERUNGS- UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG ALS DETERMINANTEN
FÜR DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT UND DES LÄNDLICHEN RAUMES

von

W. von U R F F, Weihenstephan

1. Vorbemerkung

Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung bestimmen in vielfältiger Weise die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes. Die Gesamtbevölkerung ist eine der wichtigsten Determinanten der Nachfrage nach Nahrungsmitteln. In geringem Umfang gilt dies auch für die Wirtschaftsentwicklung, von der die Höhe der verfügbaren privaten Einkommen abhängt. Sehr viel ausgeprägter ist jedoch der Einfluß der Wirtschaftsentwicklung auf die Entwicklung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und den ländlichen Raum. Von der Beschäftigungs- und Einkommenssituation außerhalb der Landwirtschaft hängt es ab, ob in der Landwirtschaft ein zügiger Strukturwandel stattfindet, oder ob es dort zu einer zurückgestauten Freisetzung an Arbeitskräften kommt. Ob die Lebensfähigkeit ländlicher Räume langfristig gesichert werden kann, oder ob Abwanderungstendenzen als unvermeidlich hingenommen werden müssen, ist eine Frage, die eng an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gebunden ist.

Die Aufgabe des folgenden Referates bestand darin, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung zunächst global und im Anschluß daran in regional differenzierter Betrachtung aufzuzeigen.¹⁾ Auf die Folgerungen, die sich daraus für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum ergeben, konnte lediglich in den abschließenden Bemerkungen kurz eingegangen werden.

1) Für die Durchsicht und Aufarbeitung des statistischen Materials ist der Verfasser Herrn Dr. B. Heilig zu Dank verpflichtet.

2. Globale Entwicklungstendenzen

2.1 Wohnbevölkerung

Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, nahm die Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren kräftig zu, bis sie mit 62,1 Mio. im Jahre 1974 ihren Kulminationspunkt erreichte. Sie fiel bis 1984 auf 61,3 Mio. zurück.

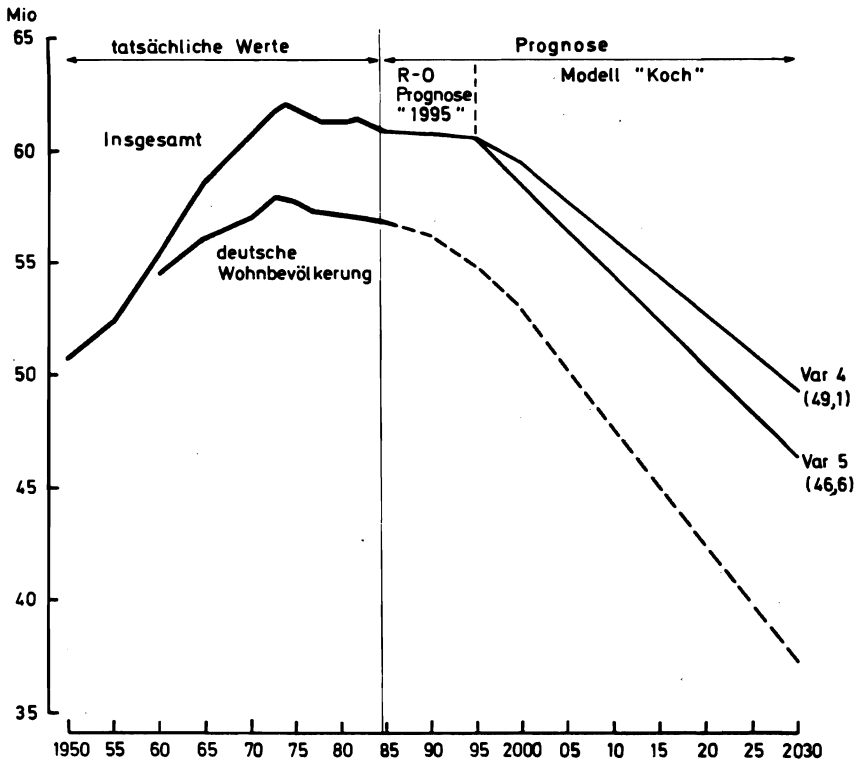
An der Zunahme der Wohnbevölkerung waren seit Beginn der 60er Jahre in zunehmendem Maße ausländische Arbeitskräfte und ihre Familienangehörigen beteiligt. Die deutsche Wohnbevölkerung überschritt 1973 mit 58,0 Mio. ihr Maximum und lag 1984 bei 56,8 Mio. Seit 1980 schwankt der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung zwischen 4,5 und 4,7 Mio.

Der Rückgang der Bevölkerung wird sich in Zukunft noch verstärkt fortsetzen. Um das Ausmaß dieses Rückganges in übersichtlicher Form zu verdeutlichen, wurden in Abbildung 1 - unter Hintanstellung methodischer Bedenken - zwei Prognosen miteinander verknüpft.

Die erste dieser Prognosen, die den Zeitraum bis 1995 umfaßt, bezieht sich auf eine von der Prognos AG und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung im Auftrag des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau angefertigte Studie (BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU, 1985). Darin wird für die natürliche Bevölkerungsentwicklung von unveränderten Sterbeziffern ausgegangen. Bei den altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern wird angenommen, daß die in der jüngsten Vergangenheit beobachteten negativen Einflüsse in Zukunft etwas an Gewicht verlieren werden. Für die Ausländerwanderung wurde ein positiver Saldo von 75.000 p.a. unterstellt. Insgesamt führen diese Annahmen für das Jahr 1995 zu einer Wohnbevölkerung von 60,6 Mio.

Für den Zeitraum 1995 bis 2030 wurde auf eine Schätzung von KOCH (1983) zurückgegriffen. Von den verschiedenen Varianten dieser Schätzung wurden zwei ausgewählt, die hinsichtlich der natürlichen Bevölkerungsentwicklung auf der Annahme konstanter Sterbe- und Fruchtbarkeitsziffern beruhen und sich hinsichtlich des Wanderungssaldos der Ausländer dadurch unterscheiden, daß bei Variante 4 ein jährlicher positiver Saldo

Abbildung 1: Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland
1950-2030



Quelle: KOCH (1983); BUNDESMINISTER FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (1985); STATISTISCHES BUNDESAMT (laufende Jahrg.)

von 100.000 angenommen wurde, bei Variante 5 ein solcher von 50.000. In beiden Modellen wird für die Ausländer eine allmähliche Angleichung der Fruchtbarkeitsziffern an die der deutschen Frauen unterstellt. Insgesamt wird deutlich, daß der eigentlich dramatische Rückgang der Wohnbevölkerung erst nach dem Jahr 2000 einsetzen wird.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß in der Schätzung von KOCH für das Jahr 2030 eine Ausländerbevölkerung von etwa 12 Mio. (ca. 25 % der Gesamtbevölkerung) für wahrscheinlich gehalten wird, läßt sich die Entwicklung der deutschen Wohnbevölkerung in etwa interpolieren. Der entsprechende Verlauf wurde in Abbildung 1 eingetragen, wobei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen sei, daß es sich bei diesen Werten nicht um eine eigenständige Schätzung sondern nur um eine Illustration handelt.

2.2 Wirtschaftliches Wachstum

In den 50er Jahren wurden mit durchschnittlich 7,8 % p.a. ausgesprochen hohe Wachstumsraten erreicht, die im wesentlichen durch den Wiederaufbau nach dem Kriege bestimmt waren. Die 60er Jahre waren demgegenüber mit einer durchschnittlichen Rate von 4,8 % p.a. bereits durch ein deutlich geringeres Wachstum gekennzeichnet. Der konjunkturelle Einbruch des Jahres 1967, in dem das Sozialprodukt erstmals abnahm, konnte allerdings überraschend schnell überwunden werden. In den 70er Jahren erreichte das wirtschaftliche Wachstum nur noch einen Durchschnitt von 2,9 % p.a. Im Gefolge des ersten Ölpreisschocks kam es in den Jahren 1974 und 1975 zu einer tiefen Rezession, die erst in der zweiten Dekadenhälfte überwunden wurde.

Ausgelöst durch die zweite drastische Verteuerung der Erdölpreise im Dezember 1979 folgte zu Beginn der 80er Jahre erneut eine Rezession, die sich in den Jahren 1981 und 1982 in negativen Wachstumsraten niederschlug. Die danach einsetzende Erholung ließ die Wachstumsrate bislang nicht über 2,5 % ansteigen.

Prognosen für die zukünftigen Wachstumsraten des BSP sind naturgemäß schwierig. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen ist davon auszugehen, daß bei dem erreichten hohen Stand nur noch geringe Wachstumsraten zu erwarten sind. In der "Raumordnungsprognose 1995" (1985) wurde für den

Zeitraum 1977 bis 1985 mit einer preisbereinigten Zunahme der Inlandsnachfrage von 2,9 % p.a. gerechnet, für den Zeitraum 1985 bis 1995 mit einer solchen von 2,4 % p.a. Insgesamt ergibt sich aus diesen Annahmen für den Zeitraum 1977 bis 1995 eine Zunahme des realen BSP von 2,5 % p.a.

Sofern es überhaupt sinnvoll ist für einen darüber hinausgehenden Zeitraum Annahmen über die zu erwartende Wachstumsrate zu machen, dürfte aufgrund des derzeitigen Informationsstandes ein Satz von 2,5 % p.a. die plausibelste Annahme sein. Eine Wachstumsrate von 3,0 % p.a. wäre schon als optimistisch anzusehen.

2.3 Außenwanderung

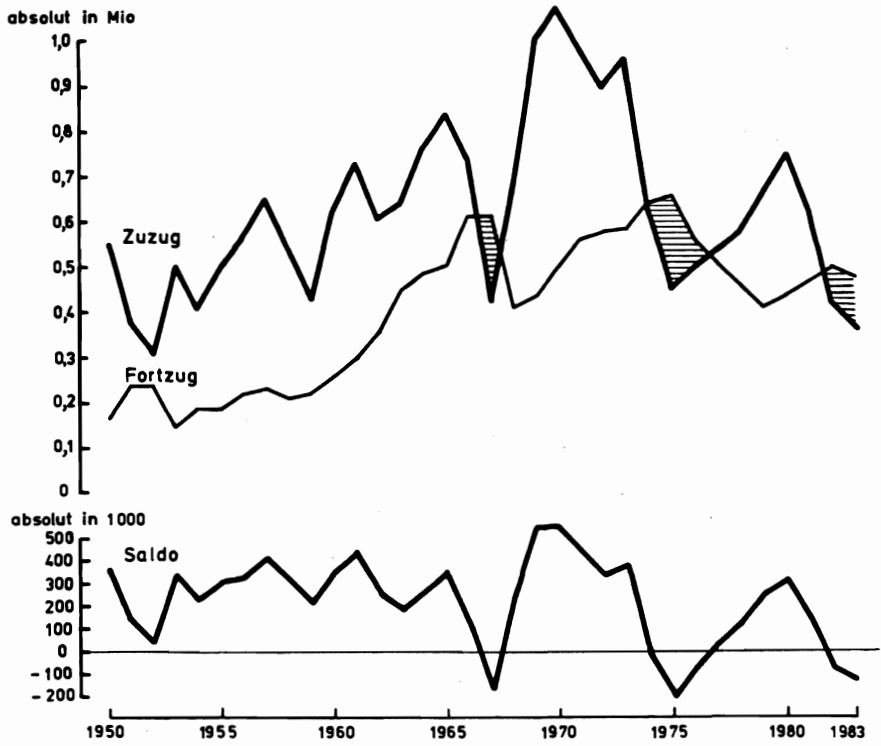
Der Saldo der Außenwanderung war seit 1950 mit wenigen Ausnahmen positiv. Leider trennt die Statistik nicht scharf genug zwischen Wanderungen von Ausländern und von deutschen Staatsangehörigen. Spätestens ab Beginn der 60er Jahre dürfte die Außenwanderung jedoch zum weitaus überwiegenden Teil durch Ausländer verursacht worden sein.

Abbildung 2 läßt eine starke konjunkturelle Abhängigkeit dieser Wanderung erkennen. Hieraus Annahmen über die zukünftige Entwicklung der Außenwanderung abzuleiten, ist jedoch schwierig. An sich würden die zu erwartenden relativ geringen Wachstumsraten für eine mäßige Zuwanderung von Ausländern sprechen. Dem stehen jedoch die Freizügigkeitsbestimmungen innerhalb der EG und deren Erweiterung um zwei wichtige Länder mit Arbeitskräfteüberschuß, Spanien und Portugal, entgegen. Da die Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik immer noch vergleichsweise günstiger ist als die der Abgabeländer, wird auch in Zukunft mit einem gewissen Zuwanderungssog zu rechnen sein. Die vorliegenden Prognosen tragen dem mit der Annahme eines positiven Wanderungssaldos von 50.000 bis 100.000 p.a. Rechnung.

2.4 Erwerbspersonen und Beschäftigung

Der 1950 noch vorhandene Überhang an Erwerbspersonen konnte im Verlauf des starken wirtschaftlichen Wachstums der 50er Jahre praktisch vollständig abgebaut werden. Der sich danach abzeichnende Mangel an Arbeitskräften, der zu einem begrenzenden Faktor für das wirtschaftliche Wachs-

Abbildung 2: Außenwanderung in der Bundesrepublik Deutschland
1950-1983



Quelle: STATISTISCHES BUNDESAMT (laufende Jahrg.)

tum zu werden drohte, hatte ein hohes Lohnniveau und den Zustrom ausländischer Arbeitskräfte zur Folge.

Über den Verlauf seit Mitte der 60er Jahre und die bis zum Jahr 2000 absehbare Entwicklung gibt Abbildung 3 Auskunft. Sie läßt erkennen, daß trotz sinkender Bevölkerung das Potential an deutschen Arbeitskräften aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge 1970 bis 1988/89 ansteigt. Nach Überschreitung des Kulminationspunktes sinkt dieses Potential jedoch wieder rasch ab und dürfte im Jahr 2000 um etwa 0,9 Mio. unter dem Wert von 1980 liegen.

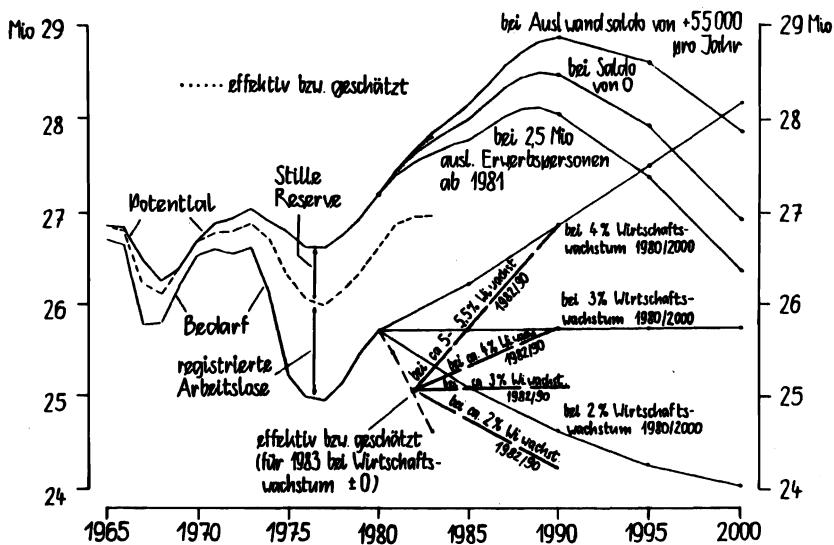
Über die Entwicklung des Potentials an ausländischen Arbeitskräften wurden drei verschiedene Annahmen gemacht. Im günstigsten Fall wurde eine Konstanz bei 2,5 Mio. angenommen. Ein Wanderungssaldo von 0 würde zu einem Anstieg des Potentials an ausländischen Arbeitskräften führen, der sich bis zum Jahr 2000 um etwa 0,7 Mio. kumulieren würde. Bei einem Wanderungssaldo von 55.000 pro Jahr (was einschließlich der Mantelbevölkerung etwa 100.000 entsprechen dürfte), läge die Gesamtzunahme des Potentials ausländischer Arbeitskräfte um etwa 1 Mio. höher.

Bei einem jährlichen Wachstum des BSP von 3 % wird mit einem konstanten Bedarf an Arbeitskräften bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit gerechnet. 1980, als die Arbeitsmarktbilanz zuerst aufgestellt wurde, hätte dies einen Anstieg der Erwerbslosen¹⁾ - je nach Annahme über die Wanderung der Ausländer - auf 2,6 bis 3,2 Mio. bis 1988/89, danach bis zum Jahr 2000 einen Abbau auf 0,7 bis 2,3 Mio. zur Folge gehabt. Bei dem bis zum März 1983 erfolgten Rückgang der Beschäftigung lägen die entsprechenden Zahlen jeweils um 1 Mio. höher. Um zu dem ursprünglich für ein Wachstum von 3 % p.a. prognostizierten Entwicklungspfad zurückzukehren, müßte das Wachstum bis 1990 eine jährliche Rate von 4 % (aufgrund der jüngsten Entwicklung sogar noch eine darüberliegende Rate) erreichen.

Die für eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung zwischen 1995 und 2000 notwendigen Wachstumsraten von 5,5 % bzw. 4 % müssen leider als

1) Der Begriff der Erwerbslosen umfaßt neben den registrierten Arbeitslosen auch die sogenannte Stille Reserve, d.h. Personen, die an sich bereit wären, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, jedoch darauf verzichten, sich bei den Arbeitsämtern zu melden.

Abbildung 3: Arbeitsmarktbilanz 1965-2000



Quelle: INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT (1983).

unrealistisch gelten. Bei einer Wachstumsrate von nur 2 % wäre selbst im Jahr 2000 noch mit 2,2 bis 3,8 Mio. Erwerbslosen zu rechnen.

3. Regionale Entwicklungstendenzen

3.1 Die Binnenwanderung in der Vergangenheit

Die 50er Jahre waren durch eine gewisse Konzentration der Wohnbevölkerung in den Ballungen geprägt. Ein Teil der Bevölkerung wanderte aus dem ländlichen Raum in die Ballungen ab, da die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zuge des Wiederaufbaus primär dort stattfand. Auch die Außenwanderung erfolgte weitgehend in die Ballungen.

In den 60er Jahren blieb die räumliche Verteilung der Wohnbevölkerung weitgehend konstant. Dies läßt darauf schließen, daß die Wanderung in die Ballungen weitgehend zum Abschluß gekommen war, bzw. die Wanderungsbewegungen zwischen den Gebietskategorien durch Unterschiede im natürlichen Bevölkerungswachstum (der ländliche Raum war in dieser Zeit durch eine deutlich höhere natürliche Wachstumsrate gekennzeichnet) gerade kompensiert wurden. Auch der Saldo der Außenwanderungen dürfte in dieser Phase sehr viel gleichmäßiger auf die einzelnen Gebietskategorien verteilt gewesen sein.

Die angedeutete Tendenz hat sich in den 70er Jahren verstärkt fortgesetzt. Bei kaum noch wachsender Gesamtbevölkerung war im Anteil der Ballungen ein Rückgang zu verzeichnen, in den Regionen mit Verdichtungen eine Zunahme, während sich der ländliche Raum insgesamt durch eine weitgehende Konstanz auszeichnete.

Eine Gliederung nach Gebietskategorien reicht selbstverständlich nicht aus, um genaueren Aufschluß über die Binnenwanderung zu geben. Sehr viel aufschlußreicher ist in diesem Zusammenhang eine Untersuchung von ORT (1983), in der dieser die Wanderungsbewegungen auf Kreisebene für den Zeitraum 1975 bis 1981 analysiert. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß in diesem Zeitraum keineswegs die Gesamtheit des ländlichen Raumes von einer Abwanderung betroffen war.

Bei einer Gruppierung der Abwanderungsgebiete nach gemeinsamen Merkmalen wurde deutlich, daß vor allem die folgenden drei Gebietstypen von einer

starken Abwanderung betroffen waren:

(1) Gebiete mit in der Regel ungünstigen Verkehrserschließungen, mit geringerem Industrialisierungsgrad und ohne Oberzentrum, (2) Gebiete mit einem hohen Industrialisierungsgrad, aber extremer Randlage, (3) Gebiete mit hohem Industrialisierungsgrad, ohne Oberzentrum und - trotz geographisch zentraler Lage - in der Regel ungünstiger Erschließungsqualität. Solange diese Merkmale weiterbestehen wird sich in den genannten Regionen der Trend der Bevölkerungsentwicklung kaum umkehren lassen. Auf der anderen Seite spricht aber nichts dafür, daß Gebiete, die nicht diese Merkmalskombinationen aufweisen, ebenfalls von einer Abwanderung stärkeren Ausmaßes erfaßt werden.

3.2 Räumliche Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung

Über die räumlichen Tendenzen der Wirtschaftsentwicklung liegen unterschiedliche Aussagen vor. So kommen GATZWEILER und SCHMALENBACH (1981) zu dem Ergebnis, daß die regionalen Ungleichgewichte im Arbeitsplatzangebot zwischen 1978 und 1980 kaum abgebaut wurden. Besonders ungünstig entwickelte sich das Arbeitsplatzangebot in den altindustrialisierten Regionen und Berlin, während die hochverdichteten Regionen - allerdings weniger in den Kernstädten als in ihrem Umland -, gefolgt von den Regionen mit Verdichtungsansätzen, die günstigste Entwicklung aufwiesen. In den ländlichen Regionen war der Rückgang im Arbeitsplatzangebot aufgrund der Pufferwirkung eines hohen Anteils landwirtschaftlicher Beschäftigter weniger stark ausgeprägt. In der Arbeitsplatzqualität wiesen nach wie vor die Regionen mit großen Verdichtungsräumen einen deutlichen Vorsprung auf, die ländlich geprägten Regionen lagen am anderen Ende der Skala.

Zu einem deutlich anders gearteten Bild kommt eine Untersuchung von HOF (1981). Anhand einer Analyse der 142 Arbeitsamtbezirke der Bundesrepublik für den Zeitraum 1975 bis 1980 kommt der Autor zu dem Ergebnis, daß sich vor allem ländliche Arbeitsamtbezirke durch eine überdurchschnittliche Entwicklung auszeichneten. Als eindeutiger Verlierer der Beschäftigungsentwicklung traten die Ballungen, insbesondere die altindustrialisierten Gebiete, in Erscheinung.

Bei einer Auswertung nach Bundesländern zeigte sich eine besonders positive Entwicklung in Bayern und Hessen: am schlechtesten schnitt Nord-

rhein-Westfalen ab.

3.3 Motive für die Wohnortwahl der Bevölkerung und die Standortwahl der Unternehmen

Untersuchungen von WOLFF und HOGEFORSTER (1982) lassen erkennen, daß nur ein kleiner Teil der Wanderungen ökonomisch bedingt ist. Ansprüche an die Wohninnen- und außenwelt, Gesichtspunkte wie Identität, Geborgenheit und Überschaubarkeit gewinnen gegenüber der reinen Arbeitsplatzorientierung zunehmend an Bedeutung.

Das Standortwahlverhalten der Unternehmen wird nach den gleichen Autoren geprägt durch

- die Raumnutzungskosten für die Inanspruchnahme von Siedlungsflächen, Umweltgütern, aber auch regionale Lohndifferenzen, Steuern u.ä.;
- die Distanzüberwindungskosten, wie Transportkosten, Reisekosten sowie Gelegenheiten zum Informationsaustausch;
- die internen Kostenersparnisse einer Produktion an einem Standort aufgrund der bestehenden technischen Möglichkeiten.

Die in Ballungsgebieten stark steigenden Raumnutzungskosten wirken tendenziell in Richtung einer Dezentralisierung ebenso wie die immer noch vorhandenen Lohndifferenzen.

Die Distanzüberwindungskosten verlieren durch neue Verkehrs- und Informationstechnologien relativ an Bedeutung. Neue Produktions- und Organisationstechniken sowie die Umstrukturierung zu innovationsintensiven Bereichen senken die optimale Betriebsgröße, so daß der Vorteil der Agglomeration immer geringer wird, zumal auch die Kommunikationsvorteile mit den neuen Kommunikationssystemen zunehmend an Bedeutung verlieren. Auf der anderen Seite sind gerade innovative Betriebe von der Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter abhängig, d.h. sie müssen sich mehr und mehr nach den Wohnortwünschen dieser Mitarbeiter richten.

Aus den sich wandelnden Gewichten für die Wohnortwahl und die Standortwahl der Unternehmen wird die Folgerung gezogen, daß nach der Verdichtungsphase der 50er Jahre und dem Nord-Süd-Gefälle der 60er Jahre die bisher zu beobachtende Suburbanisierung durch eine Disurbanisierung abgelöst würde (ARRAS, 1980; WOLFF, und HOGEFORSTER, 1982).

3.4 Die Raumordnungsprognose 1995

Wie die zukünftige räumliche Entwicklung der Wohnbevölkerung, des Erwerbspersonenpotentials, der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik aussehen könnte, soll hier am Beispiel der im Auftrag des BUNDESMINISTERS FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (1985) von der Prognos AG und der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung erstellten Raumordnungsprognose 1995 verdeutlicht werden, der die 75 Raumordnungsregionen der Bundesrepublik zugrunde liegen. Für die natürliche Bevölkerungsentwicklung wurde eine allmähliche Angleichung der regionalen Geburtenziffern unterstellt. Bei der Binnenwanderung wurde zwischen einer autonomen Komponente und einer arbeitsmarktinduzierten Komponente unterschieden. Für die arbeitsmarktinduzierten Wanderungen wurde eine Abhängigkeit von der Differenz zwischen dem Erwerbspersonenpotential vor Berücksichtigung dieser Wanderung und der Beschäftigung unterstellt, womit die Schätzung der regionalen Entwicklung der Beschäftigung eine zentrale Stellung innerhalb des Modells erhielt.

Für die Landwirtschaft wurde auf eine Untersuchung von v. BRAUN und de HAEN (1978) zurückgegriffen. Danach ist die Beschäftigung in der Landwirtschaft einerseits bedingt durch den Altersaufbau der landwirtschaftlichen Bevölkerung, andererseits durch wirtschaftliche Faktoren, wie die Arbeitsmarktlage, die Disparität zwischen landwirtschaftlichen und außerlandwirtschaftlichen Einkommen und dem wirtschaftlichen Klima. Um den Einfluß der Arbeitsmarktlage auf die Freisetzungseffekte in der Landwirtschaft isolieren zu können, wurde das Modell in zwei Varianten verwendet. In der ersten Variante wurde von der Annahme einer vollbeschäftigten Wirtschaft ausgegangen, in der zweiten von den unter Status-quo-Bedingungen ermittelten Arbeitslosenquoten. Die Differenz zwischen den regionalen Prognosewerten dieser beiden Varianten wird als zurückgestaute landwirtschaftliche Freisetzung ausgewiesen.

Die Regionalisierung für die Sektoren des produzierenden Gewerbes wurde in der Form einer Shift-and-Share-Analyse durchgeführt. Für den Dienstleistungsbereich wurde eine Kombination von Annahmen zugrunde gelegt, die teils davon ausgehen, daß sich die regionalen Versorgungsgrade einander angleichen, teils der Tatsache Rechnung tragen, daß die Beschäftigung im produzierenden Gewerbe eine gewisse Beschäftigung im Dienstlei-

stungsbereich bedingt, und schließlich berücksichtigen, daß die Versorgung mit Dienstleistungen von der Bevölkerungsdichte abhängig ist.

Die für die einzelnen Regionen vorausgeschätzten Erwerbspersonen wurden in sogenannten primären Arbeitsmarktbilanzen der vorausgeschätzten Beschäftigung gegenübergestellt. In einem nächsten Schritt wurde die Frage geprüft, inwieweit sich die ausgewiesenen Differenzen in Änderungen der Stillen Reserven niederschlagen. Erfahrungsgemäß nimmt bei einer Zunahme des Potentials an Erwerbslosen um 100 Personen die Stille Reserve um 35 Personen zu.

Um die Wanderungsrückkoppelung in das Prognosesystem integrieren zu können, war es notwendig, einen Zusammenhang zwischen der Höhe des jeweiligen regionalen Erwerbslosenpotentials (als Ergebnis der primären Arbeitsmarktbilanz) und dem Ausmaß der arbeitsmarktinduzierten Wanderungen herzustellen. In der Raumordnungsprognose 1990 (BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU, 1977) war davon ausgegangen worden, daß arbeitsmarktinduzierte Wanderungsbewegungen in einem solchen Ausmaß erfolgen, daß dadurch die regionalen Arbeitsmarktbilanzen bis auf eine einheitliche Arbeitslosenquote geglättet werden, eine Ausnahme, die im nachhinein als völlig unrealistisch bezeichnet werden muß. In der Raumordnungsprognose 1995 wurde demgegenüber aufgrund empirischer Erfahrungswerte davon ausgegangen, daß nur lediglich ein Drittel der Unterschiede zwischen regionalen Arbeitslosenquoten (vor Wanderungen) durch Wanderungen ausgeglichen wird.

Die wichtigsten Ergebnisse werden in den Übersichten 1 und 2 wiedergegeben. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- In den hochverdichteten Regionen steht einem generativen Rückgang der Bevölkerung ein höherer Wanderungsgewinn gegenüber, so daß die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt zunimmt. Obwohl der Rückgang der Beschäftigung geringer ist als im Bundesdurchschnitt kommt es fast zu einer Verdoppelung der Zahl der Arbeitslosen.
- In den altindustrialisierten Regionen treffen ein hoher generativer Rückgang und eine starke autonome Abwanderung zusammen. Aufgrund dieser starken Entleerungstendenz kommt es trotz hohen Beschäftigungsrückgangs kaum zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit, was bei der arbeitsmarktinduzierten Wanderung einen positiven Effekt auslöst.
- In den Regionen mit Verdichtungsansätzen sind die generativ beding-

Übersicht 1: Ergebnisse der Raumordnungsprognose 1995 - Entwicklung der Wohnbevölkerung und der Erwerbspersonen 1978-1995 (in %)

Regionstyp	generative Entwicklung	autonome Wanderung	Rückkopplungs- wanderung	insgesamt
Hochverdichtete Regionen				
a) Bevölkerung	- 4,8	+ 4,5	+ 0,1	- 0,3
b) Erwerbspersonen	- 3,8	+ 4,9	+ 0,1	+ 1,1
Altindustrialisierte Regionen				
a) Bevölkerung	- 5,3	- 3,0	+ 0,7	- 7,6
b) Erwerbspersonen	- 4,1	- 2,7	+ 1,3	- 5,6
Regionen mit Verdichtungsansätzen				
a) Bevölkerung	- 1,4	+ 2,6	- 0,4	+ 0,8
b) Erwerbspersonen	+ 1,4	+ 1,8	- 0,7	+ 2,5
Ländliche Regionen (ohne Alpenvorland)				
a) Bevölkerung	+ 0,4	- 1,6	+ 0,2	- 1,1
b) Erwerbspersonen	+ 2,0	- 2,1	+ 0,3	- 0,2
Alpenvorland				
a) Bevölkerung	- 1,3	+ 5,4	- 0,5	+ 3,5
b) Erwerbspersonen	+ 0,6	+ 5,0	- 0,8	+ 4,8
Berlin (West)				
a) Bevölkerung	-15,5	- 0,2	+ 0,4	-15,3
b) Erwerbspersonen	- 8,4	- 0,9	+ 0,6	- 8,7
Bundesgebiet				
a) Bevölkerung	- 3,5	+ 2,3	<u>+ 0</u>	- 1,2
b) Erwerbspersonen	- 1,7	+ 2,2	<u>+ 0</u>	+ 0,6

ten Änderungen der Bevölkerung leicht negativ, bei den Erwerbspersonen aber aufgrund des Altersaufbaus leicht positiv. Da außerdem eine autonome Zuwanderung stattfindet, steigt die Zahl der Arbeitslosen am stärksten von allen Regionstypen, obwohl der Rückgang der Beschäftigung geringer ist als im Bundesdurchschnitt. Im übrigen macht sich in diesem Regionstyp die rückgestaute Freisetzung aus der Landwirtschaft bemerkbar, ohne die die Zahl der Arbeitslosen um 8,8 % höher wäre.

- In den ländlichen Regionen ist die Bevölkerung aufgrund des generati-

Übersicht 2: Ergebnisse der Raumordnungsprognose 1995 - Erwerbbspersonenpotential, Beschäftigte und Arbeitslose -

Regionstypen	Erwerbbspersonenpotential		Beschäftigte		Erwerbbspersonenpotential		Arbeitslose		Arbeitslosenquote		Veränderungen (in %) 1995 gegenüber 1978			Rückgestaute landwirtschl. Freisetzung	
	(Mio.)		(Mio.)		(1000)	%	(1000)				Erwerbspers.	Beschäftigte	Arbeitslose	(1000)	in % der Arbeitsl.
	1978	1995	1978	1995	1995	1995	1978	1995	1978	1995					
Hochverdichtete Regionen	11,70	11,83	11,01	10,59	927	7,8	388	745	3,3	6,4	+1,1	-3,8	+ 92	17,9	2,4
Altindustrialisierte Regionen	2,78	2,62	2,50	2,31	151	5,8	161	177	5,8	6,8	-5,6	-7,2	+ 10	4,1	2,3
Regionen mit Verdichtungsansätzen	7,66	7,86	6,91	6,62	808	10,2	274	588	3,6	7,7	+2,5	-4,2	+115	51,5	8,8
Ländliche Regionen (ohne Alpenvorland)	3,20	3,21	2,96	2,84	264	8,3	149	231	4,7	7,3	+0,2	-4,0	+ 55	45,3	19,6
Alpenvorland	1,07	1,13	0,96	0,94	111	9,8	29	76	2,7	7,0	+4,8	-2,3	+ 62	2,9	3,8
Berlin (West)	0,86	0,78	0,83	0,73	54	6,9	37	51	4,3	6,6	-8,7	-11,7	+ 37	0,1	0,2
Bundesgebiet	27,30	27,45	25,16	24,04	2318	8,4	1039	1870	3,8	6,9	+0,6	-4,5	+ 80	121,7	6,5

- ven Verhaltens noch stabil, während die Zahl der Erwerbspersonen aufgrund des Altersaufbau zunimmt. Die autonome Wanderung ist negativ. Der Rückgang der Beschäftigung bleibt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Zahl der Arbeitslosen erhöht sich weit weniger als im Bundesdurchschnitt, was im wesentlichen auf die autonome Abwanderung zurückzuführen ist. Ohne den Bindungseffekt der Landwirtschaft wäre die Zahl der Arbeitslosen in diesem Regionstyp um 19,6 % höher.
- Im Alpenvorland gleicht das generative Verhalten der Bevölkerung weitgehend dem der Regionen mit Verdichtungsansätzen. Es kommt zu einer starken autonomen Zuwanderung. Der Rückgang der Beschäftigten ist in diesem Regionstyp am geringsten.
 - Die Bevölkerungsentwicklung in Berlin ist vor allem durch einen starken generativen Rückgang geprägt, der sich bei den Erwerbspersonen allerdings nur etwa mit der halben Rate auswirkt. Aufgrund dieses Rückganges kommt es bei den Arbeitslosen zu einer vergleichsweise geringen Zunahme, obwohl der Rückgang der Beschäftigten mit Abstand an der Spitze aller Regionstypen liegt.

Zu allen Ergebnissen ist einschränkend zu sagen, daß sie sich auf die Basis 1978 beziehen und zu einer Zeit erarbeitet wurden, als der Beschäftigungseinbruch des Jahres 1983 noch nicht abzusehen war. Aus heutiger Sicht müßte bei der Beschäftigung von einer wesentlich niedrigeren, bei den Arbeitslosen von einer wesentlich höheren Basis ausgegangen werden. Die zwischen den Regionstypen bestehenden Unterschiede in den Entwicklungstendenzen dürften jedoch auch noch aus heutiger Sicht gelten.

4. Schlußfolgerungen

Aus der Vielzahl der vorliegenden Untersuchungen lassen sich einige für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes wichtige Schlußfolgerungen ziehen. Zunächst dürfte deutlich geworden sein, daß vor allem nach dem Jahr 2000 mit einem starken Rückgang der Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik zu rechnen ist. Die Landwirtschaft wird sich somit einem schrumpfenden Absatzpotential für Nahrungsmittel innerhalb der Bundesrepublik gegenübersehen. Soll weiterhin ein großer Teil der bisherigen Fläche landwirtschaftlich genutzt werden und sollen möglichst viele vollwertige Arbeitsplätze in der Landwirtschaft erhalten werden, so ist dies nur möglich, wenn es der Landwirtschaft gelingt, den Rückgang der Inlandsnachfrage durch erhöhte Exporte zu ersetzen, was unter

den gegebenen Voraussetzungen nur sehr begrenzt der Fall sein dürfte, oder wenn die landwirtschaftliche Produktion in stärkerem Maße auf Nicht-Nahrungsmittel ausgedehnt werden kann.

Hinsichtlich der Entwicklung des ländlichen Raumes ergibt sich ein differenziertes Bild. Unter Fortsetzung der Status-quo-Bedingungen werden in einem Teil der ländlichen Regionen die Abwanderungstendenzen anhalten. In anderen ländlichen Räumen wird die Bevölkerung nicht stärker abnehmen als im Bundesgebiet, in wiederum anderen wird sie durch Zuwanderungen konstant bleiben oder steigen. Generalisierende Aussagen über den ländlichen Raum werden damit immer weniger möglich.

Genauso wenig wie die Gesamtheit des ländlichen Raumes einer Abwanderung unterliegen wird, genauso wenig ist damit zu rechnen, daß alle ländlichen Räume Nutznießer einer Disurbanisierung sein werden. Bevorzugt dürften dies Räume mit hoher landwirtschaftlicher Attraktivität sowie Räume mit Verdichtungsansätzen und guter Verkehrserschließung sein. Statt einer undifferenzierten Förderung sollten in Zukunft den in stärkerem Maße von Abwanderung bedrohten Räumen gezielte Hilfen gegeben werden. Im übrigen ist dafür zu sorgen, daß bei der Einführung neuer Kommunikationstechniken, denen im Prozeß der Disurbanisierung eine entscheidende Funktion zukommt, ländliche Räume nicht benachteiligt werden.

Die Hoffnung, daß sich die Einkommensprobleme der Landwirtschaft durch einen verstärkten Strukturwandel lösen lassen, erscheint wenig realistisch. Während einer überschaubaren Zukunft werden die ländlichen Räume durch ein Arbeitsplatzdefizit gekennzeichnet sein, das den Landwirten einen vom Generationswechsel unabhängigen Berufswechsel fast unmöglich macht. Das Phänomen der zurückgestauten Freisetzung wird damit anhalten. Die Agrarpolitik wird dem Rechnung tragen müssen.

L I T E R A T U R V E R Z E I C H N I S

1. ARRAS, H.E., Wohnungspolitik und Stadtentwicklung. Forschungsvorhaben im Auftrag des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, durchgeführt von der Prognos AG; Teil I, Basel 1980; Teil II, Basel 1981.
2. BRAUN, J. v. und H. de HAEN, Die langfristige regionale Entwicklung der Beschäftigung in der Landwirtschaft, Untersuchung im Auftrag

- des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Göttingen 1978.
3. BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU, Raumordnungsprognose 1990, Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 05.012, 1977.
 4. GATZWEILER, H.-P. und I. SCHMALENBACH, Aktuelle Situation und Tendenzen der räumlichen Entwicklung im Bundesgebiet. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 11/12, 1981, S. 751-771.
 5. HOF, B., Regionale Beschäftigungs- und Arbeitsmarktentwicklung 1975-1980. In: iw-trends, Indikatoren, Prognosen, Analysen (Institut der Deutschen Wirtschaft) Köln 3/1981, S. 29-47.
 6. INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG DER BUNDESANSTALT FÜR ARBEIT, Nürnberg, Perspektiven 1980-2000, Neue Alternativrechnungen zur Arbeitsmarktentwicklung (2. Nachtrag zu Quint ABl - Nürnberg 1982), Stand März 1983.
 7. KOCH, R., Die langfristige regionale Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland - Modellrechnungen für fünf Regionstypen bis zum Jahr 2030. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückganges, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 144, Hannover 1983, S. 99-214.
 8. MASUHR, K., Regionale Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung in den 80er Jahren. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 9, 1982, S. 669-682.
 9. ORT, W., Ländlicher Raum ohne Zukunft? Zur Problematik der Entleerung ländlichen Raums in der Bundesrepublik. In: Leben auf dem Lande, mit Beiträgen von H. Kötter u.a., Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983, S. 43-63.
 10. PRIEBE, H., Leben in der Stadt oder auf dem Land. Mehr Lebensqualität durch sinnvolle Raumgestaltung, Düsseldorf, Wien 1982.
 11. Projektionen der Bevölkerungs- und Arbeitsentwicklung in den Raumordnungsregionen 1978-1995 (Raumordnungsprognose 1995) - Kurzfassung -, Schriftenreihe "Raumordnung" des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Heft Nr. 06.055, 1985.
 12. SCHWARZ, K., Untersuchungen zu den regionalen Unterschieden in der Geburtenhäufigkeit. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückganges, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 114, Hannover 1983, S. 7-30.
 13. STATISTISCHES BUNDESAMT, Statistisches Jahrbuch, laufende Jahrgänge.
 14. STIENS, G., Räumlicher Wandel unter der Rahmenbedingung rückläufiger Bevölkerungszahlen - Anregungen zum Thema aus raumbezogenen Szenarien der Ressortforschung des Bundes. In: Regionale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung unter den Bedingungen des Geburtenrückganges, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Lan-

desplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 144, Hannover
1983, S. 87-98.

15. WOLFF, H. und J. HOGEFORSTER, Langfristige räumliche Entwicklungs-
prozesse. In: Informationen zur Raumentwicklung, H. 8, 1982,
S. 587-598.